Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 19 (1972)

Heft: 2

Rubrik: Zivilschutz im Ausland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zivilschutz im Ausland

«Zur gemeinsamen Verteidigung und Sicherung der Freiheiten»[1]

Von US-Senator Henry M. Jackson, Vorsitzender der Senatskommission für nationale Sicherheit

In den gegenwärtigen Ratsdiskussionen über nationale Prioritäten und Dringlichkeiten wird u. a. immer wieder gesagt, es müsse scharf unterschieden werden zwischen
— militärischer Verteidigung und
— «Nebenaufgaben» der Verteidigung.
Ich weise solche Tendenzen zurück. Es wirkt irreführend, wenn beim Setzen von Prioritäten und Bestimmen von Dringlichkeiten von «Nebenaufgaben» gesprochen wird. Sind denn Massnahmen für das Ueberleben der Bevölkerung «Nebenaufgaben»? Ist die Sicherung der Freiheiten unseres Volkes von sekundärer Bedeutung? Wir wollen doch nicht von aussen her befohlen werden, was wir zu tun und zu lassen haben.
Es geht nicht um ein Entweder/Oder. Wir müssen nicht nur den Frieden durch Abschreckung gegen den Atomkrieg aufrechterhalten, sondern gleichzeitig den weiteren Aufbau einer gerechten, sozialen und gesunden Gesellschaft tatkräftig fördern. Trotz Erfolg auf einem Gebiet könnten wir den Misserfolg auf dem andern Gebiet nicht überleben.
Leider und unsinnigerweise ist das Verteidigungsbudget zum Prügelknaben geworden. Ich teile die Auffassung vieler Mitbürger, dass wir bisher zu wenig getan haben, um unsere eigenen Probleme hier im eigenen Lande zu lösen. Bis hieher sind wir uns einig. Die Meinungen gehen dann aber scharf auseinander, wenn von gegnerischer Seite behauptet wird, für die nationale Sicherheit und Verteidigung werde zuviel budgetiert. Im Senat wird das Durcheinander auf die Spitze getrieben, wenn jeweils Beanstandungen des Verteidigungsbudgets dazu missbraucht werden, Gelder zusätzlich für den Gesundheitsdienst, die Schulen, die Wohlfahrt oder den Wohnungsbau abzweigen zu wollen. Die kürzlichen Streichungen im Verteidigungsbudget haben weder dem Hungrigen geholfen noch den Alten Wohnungen verschafft. Sozial- und Erziehungsprogramme sind absolut notwendig. Dazu gehören aber adäquate Finanzierungsprogramme. Abzüge und Kürzungen bei den Verteidigungsbudgets machen keinen Braten «feiss». Reine Spiegelfechterei.
Ich bin überzeugt, dass die meisten Amerikaner fühlen und verstehen, dass unsere nationale Prioritätsordnung kein Entweder/Oder zulässt. Sie wissen, dass die Lasten, die wir wegen der mächtigen und stark aufrüstenden Sowjetunion tragen müssen, kein Entschuldigungsgrund sein könnten, wenn sich bei der Verwirklichung der eigenen Sozial- und Wirtschaftsprogramme Misserfolge einstellen sollten. Gleichzeitig wissen sie aber auch, dass trotz der Grösse dieser berechtigten Programme eine Schwächung der Wehrkraft nie gerechtfertigt wäre.
Die Politiker, welche die nationale Sicherheit herunterspielen und die nationale Verteidigung verleumden, sind auf dem doppelten Holzweg. Zuviele Politiker können oder wollen nicht erkennen, was wirklich in der Welt vorgeht. Einige sind sogar liederlich sorglos. Gutmeinende Bürger sagen mir, dass ich nicht über diese Dinge sprechen sollte. Diese Leute sind konfliktsmüde. Sie sind der internationalen Spannungen überdrüssig. Sie wollen einfach nichts Unangenehmes mehr hören. Ich antworte darauf, dass es nicht meine Aufgabe sein kann, den Mitbürgern gute Sprüche auf den Weg zu geben. Es ist meine Pflicht, ihnen die ungeschminkte Wahrheit zu sagen.
Die Vereinigten Staaten haben ihre atomare Uebermacht eingebüsst. Sie haben sie in den letzten Jahren verloren. Während wir unsere Energien in Südostasien verschwendeten, hat die Sowjetunion eine ungeheuer bedrohliche Atomangriffsmacht aufgebaut. Die Sowjetunion wird bald in der Lage sein, unsere lebenswichtigen Verteidigungsbereiche zu unterlaufen. Dazu gehört auch die Ausschaltung unserer Möglichkeiten zur Verhinderung eines Präventivschlages gegen Amerika.
Was steckt hinter der forcierten sowjetrussischen Aufrüstung? Wollen uns die Russen überfallartig ausschalten? Das glaube ich nicht. Warum sollten sie einen Atomkrieg entfesseln, in dem sie auch getroffen würden, wenn sie uns auf andere Weise kleinkriegen können? Was die Sowjetrussen anstreben, ist eine atomare Zwangsjacke, die sie uns überziehen und mit der sie noch unsere Hände binden wollen, damit sie in der übrigen Welt die Waffen dann kreuzen oder kreuzen lassen können, wenn es in ihre politische Strategie passt. So sehe ich den Zweck und das Ziel der gewaltigen sowjetrussischen konventionellen, atomaren und strategischen Aufrüstung. (Die ideologischen Superioritätskomplexe, das missionarische Sendungsbewusstsein und neoimperialistische Herrschsucht beschwören eine ungeheure Weltgefahr herauf).
Das strategische Gleichgewicht wird zerstört. Die Sowjetunion gewinnt die Oberhand. Ihre Seestreitkräfte werden verstärkt. Die Sowjetunion kann durch Berufung auf ihre Grossmachtinteressen immer weitere und gefährlichere friedensgefährdende Risiken eingehen. Wir müssen darauf gefasst sein, dass die Sowjetrussen vermehrt in vielen Teilen der Welt Gelegenheit suchen werden, um ihre militärische Kraft zur Erreichung gesteckter Ziele einzusetzen. Diese neuen Einschüchterungs- und Erpressungsmöglichkeiten werden die internationalen Beziehungen belasten und die Konfliktsgefahren erhöhen. Der Kreml handelt heute zweifellos nach dem Grundsatz, dass es kein Kuba und kein Indonesien mehr geben darf. In Zukunft werden sehr wahrscheinlich wir und nicht sie zurückbuchstabieren und diplomatische Niederlagen einstekken müssen.
Die Administration behauptet, dass die Epoche der Konfrontation überwunden und ein Zeitabschnitt der Verhandlungen angebrochen sei. Ich sehe nur kärgliche Ansatzpunkte für eine so überschwängliche Beurteilung unserer Beziehungen mit Moskau. Das massive sowjetrussische Potential beeindruckt mich sehr und gibt mir kaum die Gewähr, dass eine noch weiter zunehmende Stärke eine grössere oder aufrichtigere Verhandlungsbereitschaft bewirken werde. Im Heraufbeschwören und Ausnützen von Konfliktsituationen wird die UdSSR keineswegs zurückhaltender sein. Im Gegenteil. Die Sowjetunion ist heute besser gerüstet denn je. Sie wird ihre seit dem Zweiten Weltkrieg gewählte Taktik erfolgreich weiterentwickeln: Abwechselnde Konfrontationen und Verhandlungen unter gleichzeitiger ständiger Verbesserung der eigenen Positionen. Für den Kreml ist das Wechselbad zwischen Konfrontation und Gespräch ein raffiniertes Bühnenspiel. Die Sowjetrussen sind in der berechneten Schaustellung und in der Theatersprache Meister. Sie verstehen es glänzend, die Entwicklung in die gewünschte Bahn zu leiten.
Robert Conquest, der anerkannte englische Kenner sowjetischer Prinzipien und Führungsmethoden, gab uns letzthin folgendes neu zu bedenken:
... «Wenn wir es uns gemütlich machen wollen, geben wir uns allzugerne Illusionen über die sowjetrussische Führung hin. Man muss immer wieder an die Einbildungskraft und an den eigenen analytischen Verstand appellieren, um die Eigenart — oder die Eigengesetzlichkeit — der Führungsgremien herauszuschälen, ihre dogmatische Unbeirrbarkeit zu erkennen und gleichzeitig zu verstehen, dass sie zutiefst davon überzeugt sind, die Welt unfehlbar richtig zu beurteilen und dass ihnen aus dieser Beurteilung unabdingbar zukom-

[1] *Auszugsweise Wiedergabe einer Ansprache vor der Gesellschaft für Weltpolitik von Los Angeles (Uebersetzung aus «Survive», September/Oktober 1971).*

me, legitim zu sein, d. h. dialektisch prinzipientreu und folgerichtig. Sie betrachten alle nichtkommunistischen und die «häretischen» kommunistischen Staaten als Gebilde ohne Daseinsberechtigung ... Wir müssen immer wieder neu versuchen herauszufinden, wie ein so 'rational' getrimmter Gegenspieler sich in X gegebenen Situationen verhalten, bzw. wie seine Führungsgruppe handeln würde.»
Um den gefährlichen Veränderungen im strategischen Gleichgewicht entgegenzutreten, müssen wir die unangenehmen Tatsachen sehen und dem amerikanischen Volke die Wahrheit sagen. Das gehört zu den Verantwortlichkeiten der politischen Führung. Die Massenmedien sind von dieser Verantwortung auch nicht befreit.
Wir brauchen ein ehrliches und furchtloses Streben nach der Wahrheit, um zielbewusst handeln und die kommenden Prüfungen bestehen zu können.
Wenn der Mensch die Wahrheit fürchtet, oder wenn er ihr bequem ausweicht, nimmt die Gefahr nicht ab, sondern zu. Um selbständig handeln zu können, muss man wissen, wie die Dinge stehen und um was es geht. Ich glaube an das amerikanische Volk. Wenn es die Wahrheit kennt, kann ihm kaum jemand etwas vorgaukeln. Es will nicht verhätschelt sein und misstraut jedem Politiker, der ihm zu schmeicheln versucht. Wer Offenheit schätzt, verdient sie — und verträgt sie auch.

Anmerkungen

Die gewaltige sowjetrussische Aufrüstung lässt aufhorchen. Die UdSSR ist aus dem früheren Defensivdenken ausgebrochen. Sie strebt die Rolle eines Weltschiedsrichters an.
Das Schwergewicht liegt bei den strategischen Waffen. Orbitalraketen, Satelliten-Interzeption, ICBM, Seestreitkräfte, Luftrüstung: überall hat die Sowjetunion die Initiative an sich gerissen. Die UdSSR verfügt über das schnellste Kampfflugzeug der Welt (Mig-23, 3.8 Mach auf 10 000 m Höhe). Noch schnellere und stärkere Typen sind in der Entwicklung und in der Erprobung.
— Frieden und Entspannung? Wer möchte nicht hoffen? Die ungeheure Aufrüstung der Sowjetunion lässt aber Tendenzen deutlich werden, die sich globalpolitisch für die friedliebende Welt kaum positiv auswirken dürften. Wirtschaft und Gesellschaft werden total militarisiert. Die militärische Ausbildung erfasst die Kinder vom 12., zum Teil schon vom 10. Altersjahre an (Beschlüsse des Zentralkomitees des Komsomol, Punkt 9 usw.). Der gesellschaftliche Zwang schliesst jede Freiwilligkeit aus.
Die paramilitärische «DOSAAF» zählt in 300 000 Sektionen über 60 Millionen Mitglieder. Sie ist in der ganzen Union für einen grossen Teil der Zivilschutzausbildung zuständig. Ihre Leitung umfasst ein Heer von Berufs- und Politoffizieren. Die Partei übt auf allen Stufen die Oberaufsicht aus. Nach den neuesten internen Weisungen sind auf allen Stufen «ausserbudgetmässige» (= nicht budgetgebundene) Sektoren für Zivilverteidigung zu errichten.
Tatsachen und aussenpolitische Propaganda gehen bewusst diametral entgegengesetzte Wege.

Tatsachen und Illusionen

... In Zukunft wird mit Spatzen auf Kanonen geschossen ...

Motto: Was ist, ist nicht. Was nicht sein sollte, wird nie sein.
Es waren Pauken und Trompeten. Sie sahen Flöten und Schalmeien.
Klirren und Stampfen. Sie hörten sanfte Töne.
Waffen? Oelzweige. — Fäuste? Tauben. Erkenntnis und Verantwortung? Sie durften nicht, sie wollten nicht. Sie nicht. Einfach nicht.
Sie steckten ihre Köpfe in den Sand. Fühlten sie sich frei? Geborgen?
Ein Sturm brach los.
Jetzt mussten sie. Der grosse Bruder hat es so befohlen.
Zu spät, verpasst, vorüber.

Das Recht für alle — Ueberleben
Leitartikel eines Gastes
Von G. A. Whitelaw
Uebersetzung aus «Survive» September/Oktober 1971

Wenn wir von der potentiellen Bedrohungsmöglichkeit ausgehen, müssen wir erkennen, dass früher oder später auch unser Volk (USA) wie andere Völker mit Atomwaffen angegriffen werden könnten. Was dann? In den USA würde es dabei wahrscheinlich zwei Gruppen oder Kategorien von Menschen und Opfern geben:
— Geschützte
— Mehr oder weniger Ungeschützte.
Die Geschützten würden zum grössten Teil in den Schutzräumen überleben, die vor dem Kriege gebaut worden waren. Unter ihnen wären wohl viele führende Politiker.
Und die zweite Kategorie, diejenige der «mehr oder weniger Ungeschützten»? Darunter wären vor allem bisher unbeteiligte Durchschnittsbürger, viele tot, andere verstrahlt, verletzt und erschüttert. Die «noch einmal Davongekommenen» würden bald bitter grollen. Warum überlebten andere so gut, während ein grosser Teil des «Volkes» unter die Räder kam? Ueberlebende Magistraten und Politiker würden zu Recht oder zu Unrecht grober Fahrlässigkeit bezichtigt, ja vielleicht sogar angeklagt, das öffentliche Interesse verletzt und durch sträfliche Sorglosigkeit missachtet zu haben. Ein Teil der überlebenden Bürger wäre mit der Zeit vielleicht wieder bereit, trotz Zähneknirschen auch diejenigen Volksvertreter zu wählen, die (vox populi) zu wenig für die Allgemeinheit vorgesorgt hatten. (Anm.: In 13 Staaten der USA gilt das «recall», d. h. ein Abberufungsrecht für alle vom Volk gewählten Amtsträger.)
Andere Bürger könnten härter reagieren. Die Masse der Ungeschützten und Geschädigten würde vielleicht zur Selbsthilfe greifen. Solche Albträume werden gerne auf «eigene Kosten und Gefahr» verdrängt.
Wie steht es mit der «gemeinsamen Verteidigung und Sicherung der Freiheiten», mit der «gegenseitigen und allgemeinen Förderung des Bürgerwohls»? Das sind nicht billige Sprüche, sondern Grundsätze der Konföderationsartikel von 1777 und der Bundesverfassung. Sie sollten noch heute für die Regierung verbindlich sein. Davon ist allerdings mit Bezug auf den Schutzraumbau nicht besonders viel festzustellen. Obwohl es glücklicherweise schon viele Schutzräume gibt, genügt das noch lange nicht für alle. Dieser beklagenswerte Mangel könnte im Katastrophenfalle schreckliche Folgen zeitigen, ja sogar zu Aufruhr und Wirren führen. Sieht man denn das nicht ein? Vorbeugen und Vorsorgen gehört mit zu den ersten Pflichten der Regierung, ist aber auch Sache aller Bürger. Lasst uns gemeinsam handeln, solange es die Umstände noch gestatten.

Auszüge aus einer Ansprache an kanadische und amerikanische Behördevertreter

Von Eugen P. Wigner, Nobelpreisträger
Uebersetzung aus «Survive» September/Oktober 1971

Es stimmt, dass die Bevölkerung der USA noch keinen Druck auf die Regierung ausübt, damit mehr Schutzräume gebaut werden und mehr Vorsorge für den Katastrophenfall betrieben wird. Nach einer Katastrophe würde die gleiche Bevölkerung den Mangel an Schutzmöglichkeiten bitter beklagen und harte Vorwürfe an die Regierung richten. Die Tatsache, dass die Bevölkerung heute noch nicht wirksamere Massnahmen fordert, könnte zwar als Vertrauensbeweis für die Regierung und ihre Politik ausgelegt werden. Genügt das? Ist dieser Vertrauensbeweis (wenn er es ist) nicht eine Verpflichtung für die Regierung? Sie (die Regierung) müsste doch schon heute glaubwürdig belegen, klar und deutlich dartun können, dass sie welche Gefahren und Bedrohungsmöglichkeiten wie und in welchem Ausmass erkannt habe, wie sie ihnen begegne, welche Schutzmassnahmen getroffen bzw. wie und wann noch zu treffen seien.

Und sollte trotz aufrichtigster Friedenspolitik und bestmöglicher vorsorglicher Massnahmen auch für den Schutz der Bevölkerung ein Angriff auf unser Land erfolgen, so möchte man mit Janis, dem Psychologen aus Yale, in der Nachblende sagen können, dass «die Moral der Ueberlebenden und der Wille zum Wiederaufbau im weitesten Sinne von der Zweckmässigkeit der vorsorglich getroffenen Zivilschutzmassnahmen geprägt» worden sei. Daran sollte schon heute mehr gedacht und auch gehandelt werden.